

Politisch zu entscheiden

N.B. Es ist wahrhaftig keine leichte Entscheidung, vor die ebenso wie andere dem Europarat angehörende Regierungen die Bundesregierung am Freitag gestellt sein wird, für oder gegen die Suspendierung der Mitgliedschaft Griechenlands zu stimmen. Auch die Befürworter des Ausschlusses lassen sich nicht einfach von Emotionen leiten: Sie meinen, daß mit ihm die Herstellung demokratischer Verhältnisse in Griechenland gefördert, die Mißachtung der Menschenrechte vor allem Gefangenen gegenüber erschwert würden, womit (so meint der Vorstand der IG Metall) die eigenen positiven Initiativen der Europa-Politik bekräftigt würden. Das sind also, bei all ihrer moralischen Substanz, Erwägungen, die durchaus auch mit dem Blick auf Opportunität angestellt werden. Sind sie zutreffend? Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob den unter dem Regime leidenden Griechen auf diese Weise geholfen oder ob ihre Lage nicht gar verschlechtert würde, so temperamentvoll auch viele Exilgriechen nach der harten Hand gegenüber ihrem Land, solange es von den Obersten regiert wird, rufen. Man kann auch nicht außer acht lassen, daß, wenn auch nicht nach der rechtlichen, so doch der politischen Logik, die Zugehörigkeit Griechenlands zur Nato mit dem Ausschluß aus dem Europarat in einem kritischen Zeitpunkt in Mitleidenschaft gezogen würde. Daß die Athener Regierung ihre Absicht aufgegeben hat, den Streitfall vor Den Haag zu bringen, könnte darauf schließen lassen, daß sie sich der Berechtigung der Vorwürfe nicht ganz verschließt. Feste Zusagen könnten noch immer einen politischen Ausweg aus der moralischen Verurteilung ermöglichen: Auf dem Boden der Politik zu bleiben ist das Interesse beider Seiten.